



**Antje Tillmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

# Pressemitteilung

## **Kompromiss bei Solar-Kürzung im Vermittlungsausschuss**

Berlin, 5. Juli 2010  
Redaktion: Johannes Nehlsen

**Antje Tillmann, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77019  
Fax: +49 30 227-76497  
antje.tillmann@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Erfurt:**  
Brühler Straße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: +49 361 643 19 67  
Fax: +49 361 644 78 59  
antje.tillmann@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Weimar:**  
Erfurter Straße 12  
99423 Weimar  
Telefon: +49 3643 850 582  
Fax: +49 3643 850 585

**Mitglied im Finanzausschuss**

**Mitglied im  
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im  
Haushaltsausschuss**

**Wie die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann, die Mitglied im Vermittlungsausschuss ist, mitteilt, wird die vom Bundestag beschlossene Einmalabsenkung für die Vergütung von Solarstrom aufgesplittet.**

„Die nun erzielte Einigung ist sowohl für die Thüringer Solarfirmen als auch für alle Verbraucher ein gutes Ergebnis“, so Tillmann.

Demnach fällt die zum 1. Juli 2010 geplante Einmalabsenkung der Vergütung um 16 Prozent (Anlagen an oder auf Gebäuden), 15 Prozent (Freiflächenanlagen, die sich nicht auf Konversionsflächen befinden) und 11 Prozent (Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen) um je 3 Prozentpunkte geringer aus (13, 12 und 8 Prozent). In einem 2. Schritt werden die Vergütungssätze zum 1. Oktober 2010 um weitere 3 Prozent abgesenkt (dann auf 16, 15 und 11 Prozent).

„Laut Verbraucherzentrale Bundesverband würde die aktuelle Unterstützung der Solarindustrie den Strom bereits im nächsten Jahr um zehn Prozent teurer machen. Aus Sicht der Photovoltaik-Unternehmer ist die gesplittete Absenkung betriebswirtschaftlich etwas besser verträglich und erhöht die Planungssicherheit. Führende Solarfirmen hatten auch nach der im Bundestag beschlossenen Absenkung der Solarförderung den erheblichen Ausbau von Kapazitäten mitgeteilt. Wer weitergehende Abänderungen verlangte, hätte auch diesen Kompromiss gefährdet und gar keine Verbesserungen erreicht, da die Zustimmung des Bundesrates letztendlich nicht erforderlich ist“, so Tillmann abschließend.

Bundestag und Bundesrat müssen am kommenden Freitag diesem Kompromiss noch zustimmen.